

Normalzustand der angeblich „freiheitlich-demokratischen“ Grundordnung erhoben. Durch die Verfügung über Arbeitskraft und Arbeitseinkommen, über Freizeit und Bewegungsfreiheit werden die entscheidenden Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen der Willkür der Herrschenden unterworfen. Die Recht- und Einflußlosigkeit des Volkes in der Wirtschaft soll verewigt werden, um sie verstärkt in den Dienst der aggressiven Außenpolitik zu stellen. Das meint Strauß, wenn er die Verweigerung der Mitbestimmung damit begründet, daß die „Wirtschaft das entscheidende Fundament für außenpolitische Wirksamkeit ist“.

Als Ersatz für echte Mitbestimmung propagierte Maßnahmen und Pläne wie die Etablierung einer sogenannten unabhängigen Sachverständigenkommission, die Einrichtung von Arbeitnehmerkammern, die „konzertierte Aktion“ und „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ zielen nur darauf ab, die Forderung auf Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften abzuwehren, sie ihres Klasseninhalts zu berauben und in ihr Gegenteil zu verkehren. Sie ändern nichts an der Allmacht der Monopole, sondern dienen ihrer Festigung.

Der autoritäre Herr-im-Hause-Standpunkt, wie er in der westdeutschen Wirtschaft gang und gäbe ist, beherrscht in immer schärferer Ausprägung das gesamte staatliche und politische Leben in der Bundesrepublik. Es ist kennzeichnend für die Demokratie-Auffassung der herrschenden Kräfte in Westdeutschland, wenn sie offen das Prinzip verkünden, daß die vom Volk gewählten Abgeordneten in keiner Weise Willensvollstrecker des Volkes und der Wähler sind.

Als über die Bonner Notstandsgesetze entschieden wurde, ging es nicht um eine untergeordnete Frage, sondern um eine Lebensfrage für das Volk der westdeutschen Bundesrepublik. Im Plenarsaal des Bundestages in Bonn konnte jedoch unwiderrprochen erklärt werden, daß die Abgeordneten sich unter gar keinen Umständen dem Wählerwillen beugen dürften, daß das Parlament vielmehr unabhängig vom erklärten Willen des Volkes entscheiden müsse! Nicht der Bruch des Wählerauftrags durch die Abgeordneten, sondern jeder Versuch der Wähler, ihren Willen mit ihren Mitteln zum Ausdruck zu bringen, wurde verurteilt.

Einige Tage später war diese ungeheuerliche Auffassung in einem offiziösen Beitrag der Zeitung des Springer-Konzerns „Die Welt“ widergegeben: „Der Abgeordnete ist nicht Delegierter seiner Wähler, der seine Entscheidungen allein nach deren Maßgabe zu treffen hätte. Einmal gewählt, ist er — so steht es in der Verfassung — nur seinem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Er ist nicht nur berechtigt, er ist verpflichtet, sich durch Druck von außen nicht beeinflussen zu lassen.“⁵ Das ist der autoritäre Geist, der die Annahme der Notstandsgesetze durch den Bundestag bestimmte und deutlich macht, wie weit die offizielle Mißachtung der Interessen des Volkes in Westdeutschland bereits geht. Das ist der verhängnisvolle Weg, vor dem der bürgerliche westdeutsche Philosoph Karl Jaspers mit den Worten warnt: „Wir sehen den möglichen Weg: Von der Parteienoligarchie zum autoritären Staat; vom autoritären Staat zum Diktaturstaat; vom Diktaturstaat zum Krieg.“⁶

Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung der Abgeordneten des Bundestages vermittelt Aufschluß darüber, wessen Interessen im obersten Parlament Westdeutschlands den Ausschlag geben.

5 Die Welt vom 18. 5. 1968

6 K. Jaspers, „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ München 1966, S. 174